

PRESSEMITTEILUNG 29.09.2022

Landesfamilienrat fordert Sozialgipfel und einen landesweiten Notfallfonds

Angesichts der vielfältigen, gerade auch finanziellen, Herausforderungen vor denen die Familien im Land derzeit stehen, fordert der Landesfamilienrat Baden-Württemberg das Land dazu auf, einen Notfallfonds einzurichten. Damit soll Familien in prekären Einkommenssituationen unbürokratisch geholfen werden. Der Krieg in der Ukraine und die daraus entstandene Energiekrise führe bereits jetzt zu dramatisch steigenden Preisen, vor allem für Heizung, Wohnen und Lebensunterhalt, hier bedarf es kurzfristiger Unterstützung.

Der Landesfamilienrat setzt sich dafür ein, dass Wohnungsverluste und Stromsperrungen aufgrund von Mietrückständen oder erheblichen Mehrkosten für Energie unbedingt verhindert werden müssen. Hier braucht es unter anderem den Schulterschluss sowohl mit privaten und öffentlichen Wohnungsgesellschaften als auch mit den Energieversorgern.

Zudem fordert der Landesfamilienrat Ministerpräsident Kretschmann dazu auf, einen Sozialgipfel einzuberufen. „Die Kumulation der Krisen ist sozialer Sprengstoff“ sagt dazu die Vorsitzende Christel Althaus, „in diesen Krisenzeiten ist es daher unabdingbar, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft an einen Tisch zu bringen und die Probleme gemeinsam zu lösen.“ Baden-Württemberg habe dazu alle Kapazitäten. Ein Sozialgipfel müsse die belastende Situation der Familien in den Blick nehmen und zur Stärkung der Familien beitragen.

Besonders wichtig ist dem Landesfamilienrat eine Kultur der offenen Räume und Begegnungsmöglichkeiten im Winter. Das erfordert die Absicherung der sozialen Infrastruktur wie etwa Beratungsstellen, Familienzentren oder Mehrgenerationenhäuser, von der Familien profitieren. Diese haben derzeit ebenfalls mit steigenden Kosten zu kämpfen. Die Einrichtungen müssten in der Lage sein, ihr Angebot aufrecht zu erhalten.

Die im aktuellen Entlastungspaket des Bundes angekündigte Erhöhung des Kindergeldes um 18 Euro ist nach Auffassung des Landesfamilienrates unzureichend. Der Landesfamilienrat fordert daher eine deutliche Positionierung des Landes zur raschen Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Kindergrundsicherung. Nur so kann Armut wirksam verhindert und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er ist ein unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Dabei ist es das vorrangige Ziel, die Lebensqualität und damit die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern.

Pressekontakt: Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin
Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Gymnasiumstraße 43, 70174 Stuttgart,
Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de, www.landesfamilienrat.de